

**Frankfurter
Montags-
Vorlesungen**

**Politische Streitfragen
in zeitgeschichtlicher Perspektive**

**Weltfrieden – auch durch Krieg.
Die Rolle der USA bei der Wahrung von
Sicherheit im internationalen System**

Egbert Jahn

2. Februar 2015

Adresse des Autors:

Prof. Dr. Egbert Jahn
Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main
Fachbereich 03 Gesellschaftswissenschaften
Institut für Politikwissenschaft
Theodor-W.-Adorno-Platz 6
D-60629 Frankfurt
Tel.: +49-69-798 36658
E-mail-Adresse: e.jahn@soz.uni-frankfurt.de
<http://www.fb03.uni-frankfurt.de/46500384>

Zusammenfassung

Die Vorstellungen von der Weltpolitik der USA und ihre Beurteilungen sind äußerst kontrovers. In den einzelnen Ländern herrschen unterschiedlich verteilte essentialistische pro- und anti-amerikanische Einstellungen vor. Diese heben entweder positive Elemente dieser Politik wie die Sicherung des Weltfriedens, der Demokratie und Menschenrechte in vielen Ländern oder negative Elemente wie Kriegsverbrechen, Gewaltpolitik, zynische Verletzung der Menschenrechte und Mißachtung demokratischer Entscheidungen anderer Völker hervor und verabsolutieren sie. Die Weltpolitik der USA ist aber höchst ambivalent und schwankt nicht selten zwischen Extremen einer liberal-demokratischen Weltfriedenspolitik, die auch das Mittel des Krieges nicht ausschließt, und einer erzkonservativen nationalen Isolationspolitik. Somit ist eine differenzierte Analyse und Beurteilung der friedenspolitischen und demokratieförderlichen Leistungen wie der wiederholt Hunderttausende Menschenleben kostenden US-Weltpolitik unter global-humanen Gesichtspunkten erforderlich.

Die vorliegende Skizze versucht, zunächst den scheinbaren inneren Widerspruch einer Weltfriedenspolitik durch Krieg mit begrifflichen Erörterungen aufzuklären, um dann die entscheidenden Wendepunkte der US-Außenpolitik seit ihrem Eintritt in die Weltpolitik zu markieren. Diese beginnt nach der kontinentalen Expansion der USA mit einer kurzen Phase des kolonialistischen Imperialismus am Ende des 19. Jahrhunderts, die dann in eine Politik der weltweiten Öffnung der Märkte auf der ganzen Welt für die immer stärker werdende Interessen der USA an Absatzmärkten und Rohstoffen mündete. Sie fand während des Ersten Weltkrieges im Wilsonianismus ihren bis heute einflußreichen konzeptionellen Ausdruck, dem die Welt die Entstehung des Völkerbundes und später der Vereinten Nationen verdankt. Er zielte außer auf die Bildung eines friedenssichernden universellen Staatenbundes, die Förderung liberal-demokratischer Staatsordnungen und einer pluralistischen Weltöffentlichkeit, unter Umständen auch mittels militärischer Intervention, auf die Entfaltung eines liberalen kapitalistischen Weltmarktes ab, in dem die US-Wirtschaft dominieren kann. Dieser „Idealismus“ ist aber immer wieder auf Widerspruch im Namen des Vorrangs amerikanischer Nationalinteressen, sei es unter isolationistischen oder imperialistischen Vorzeichen, sei es in Hinblick auf einen in europäischen Traditionen verankerten „politischen Realismus“, gestoßen. Er strebt eine internationale Machtbalance an, die auch begrenzte Kriege nicht ausschließt.

Die Zukunft der Weltgesellschaft und des Weltfriedens hängt auf unabsehbare ganz wesentlich von der politischen Entwicklung der US-Gesellschaft ab, auf die andere Demokratien durchaus ihren wie immer beschränkten Einfluß ausüben können und auch sollten.

1 Die Vieldeutigkeit der Begriffe Frieden und Krieg

Für viele Menschen, nicht nur in den USA, sind die Vereinigten Staaten von Amerika der Hauptgarant des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit, der Menschenrechte und der demokratischen Werte in Ansätzen schon seit dem frühen 20. Jahrhundert und dann vor allem nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Parteiherrschaft im Osten Europas und dem Ende des Ost-West-Konflikts. Für viele andere sind die USA die mächtigste imperialistische Macht der Weltgeschichte, die mit brutaler, blutiger Gewalt immer wieder die Interessen ihrer ökonomisch-politischen Machtelite in allen Weltregionen durchzusetzen trachtet und dabei zynisch die Menschenrechte und demokratische Prinzipien in anderen Ländern verletzt.

Die Entstehung der beiden weltumspannenden internationalen Organisationen, zunächst des Völkerbundes (1920-1946) und dann der Vereinten Nationen (seit 24. Oktober 1945), die sich die Bewahrung und gegebenenfalls die Wiederherstellung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit zur Hauptaufgabe gestellt haben,¹ ist nicht ohne die machtpolitisch anstoß- und ausschlaggebende Rolle der USA bei der Bildung der neuen Weltordnungen nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg vorstellbar. Gleichzeitig wird man seit 1945 kaum ein Jahr finden, in dem sich US-Truppen nicht irgendwo auf der Welt im Krieg befanden, nicht mehr – wie früher – um das Territorium der USA zu verteidigen oder zu erweitern, sondern um in anderen Staaten mit dem Ziel des Politik- oder Regimewechsels zu intervenieren. Historiker schreiben gar: „Seit die dreizehn Kolonien 1776 ihre Unabhängigkeit von England erklärten und sich in einem revolutionären Krieg vom Joch der britischen Kolonialherrschaft befreiten, ist dies Land fast ununterbrochen in militärische Konflikte verwickelt.“²

Wie ist der innere Widerspruch einer permanent kriegführenden Weltfriedensmacht zu erklären? Bei einem ersten Zugang zur Beantwortung der Frage gilt es zunächst gründlich zu erörtern, was unter Krieg und Frieden gemeinhin verstanden wird und was wissenschaftlich sinnigerweise darunter zu verstehen ist. Im zweiten Schritt ist das politische Verhalten der USA in einer zeitgeschichtlichen Übersicht darzustellen und in Hinblick auf die eigenen, häufig deklarierten Prinzipien des Friedens, der Demokratie und der Menschenrechte zu beurteilen.

Beide Wörter, Krieg und Frieden, werden je nach Situation und Zusammenhang in sehr unterschiedlicher Bedeutung benutzt, meinen also ganz unterschiedliche Begriffe. Diese muß man sich vergegenwärtigen, wenn man den Titel dieser Vorlesung (Weltfrieden – auch durch Krieg) verstehen will, der manchem wie ein bloß polemisches Sprachspiel mit einem logischen Widerspruch erscheinen mag. Auf den ersten Blick scheinen Krieg und Frieden deutlich

voneinander getrennte Gegensätze. Der Frieden ist beendet, wenn Krieg herrscht, und umgekehrt, wenn ein Krieg beendet wird, herrscht wieder Frieden. In den Zeiten, in denen Kriege erklärt und durch Friedensverträge beendet wurden, waren Krieg und Frieden auch eindeutig voneinander als zwei verschiedene Zustände geschieden, in denen unterschiedliches Recht galt. Nach 1918 wurden allerdings nur noch wenige Kriege formell erklärt, die meisten einfach begonnen, aber dennoch oft noch durch einen Friedensvertrag beendet. Manche Kriege enden aber nur durch Waffenstillstände, ohne daß es zu einem Friedensvertrag kommt. So schloß Deutschland nach 1945 keinen Friedensvertrag, in Korea herrscht seit 1953 nur ein Waffenstillstand, kein Frieden im rechtlichen Sinne. Manche Kriege wurden auch erklärt, ohne daß die Kriegsparteien bewaffnete Auseinandersetzungen miteinander führten.³ Der rechtliche Begriff von Krieg muß also durch einen gesellschaftspolitischen ergänzt werden.

Im älteren politischen Denken galten nur größere bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen Staaten oder vorstaatlichen Herrschaftsverbänden als Kriege, innerstaatliche hingegen wurden als Revolutionen, Rebellionen, Unruhen, Aufstände oder auf ähnliche Weise bezeichnet, wenn auch hin und wieder schon als Bürgerkriege. Im 20. Jahrhundert hingegen wurden längere und intensivere bewaffnete Auseinandersetzungen innerhalb von Staaten immer häufiger Bürgerkriege genannt, so daß es auch Ansätze zu ihrer völkerrechtlichen Regelung ab. Sie sind zur häufigsten Kriegsform in der Gegenwart geworden, und zwar als Kriege zur Veränderung des bestehenden Regimes oder zur national-territorialen Separation. An vielen Bürgerkriegen beteiligen sich ausländische Staaten mit eigenen Truppen,⁴ ohne daß dies zu einem Krieg auf dem Territorium des intervenierenden Staates führt, so daß sich die Bevölkerung dieses Landes überwiegend gar nicht als im Krieg befindlich wahrnimmt.

Krieg läßt sich als eine Form der bewaffneten politischen Auseinandersetzung bezeichnen und somit von metaphorischen Kriegsbegriffen abgrenzen, die manchmal auf heftige Auseinandersetzungen schlechthin angewandt werden, etwa auf Streit zwischen Ehepartnern (Ehekrieg) oder auf polemische Debatten zwischen Politikern oder Wissenschaftlern (Krieg der Worte). Auch die Drohung mit Krieg sollte man von Krieg unterscheiden. Demgemäß war auch der Kalte Krieg zwischen den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges von 1945 bis 1962 kein Krieg, sondern eine spezifische Form höchst gespannter zwischenstaatlicher Beziehungen mit permanenter Kriegsbereitschaft und der Androhung eines Nuklearkrieges.⁵

Im begrifflichen Grenzbereich zwischen Krieg und Frieden befinden sich bewaffnete, tödliche Aktivitäten wie Grenzzwischenfälle, Scharmützel, Putsche, politische Attentate, Terroranschläge, Aufstände, „verdeckte Aktionen“ und viele andere mehr. Sie unterscheiden sich im

wesentlichen durch die Intensität, die Dauer und oft auch die Akteure von Kriegen. Kriegsstatistiker unterscheiden mittlerweile „bewaffnete Konflikte“ mit relativ wenigen Todesopfern von regelrechten Kriegen, in denen mindestens 1000 Menschen pro Jahr getötet werden.⁶ Umfangreiches einseitiges Töten wie bei Massakern und Massenmorden, das weitaus mehr Menschenleben kosten kann als ein Krieg, ist keine Sonderform von Krieg, weil zum Krieg der Kampf und die wechselseitige Tötungsbereitschaft und –fähigkeit gehört. Auch umfangreiche bewaffnete Kämpfe zwischen Verbrecherbanden, die keine politische Ziele verfolgen, sondern allenfalls ökonomische Bereicherung oder die Befriedigung psychischer Aggressivität erstreben, sind schwerlich als Krieg zu bezeichnen.⁷ Somit kann Krieg als „eine gesellschaftlich organisierte Form des länger anhaltenden politischen Kampfes unter Inkaufnahme des Todes vieler Kämpfer und Unbeteiligter“ verstanden werden.⁸

Weitaus unterschiedlicher und strittiger als die Kriegsbegriffe sind die gebräuchlichen Friedensbegriffe. Für die meisten Menschen, die in einem Kriege leiden oder einen Krieg noch lebhaft in Erinnerung haben, tritt Frieden ein, wenn der Krieg beendet ist. Frieden ist Nichtkrieg, gleichgültig, wie der Frieden gestaltet ist. Oft wird aber auch im größeren Abstand vom letzten Krieg gesagt, daß Frieden mehr als Nichtkrieg sei.⁹ Der Friedensforscher Johan Galtung führte demgemäß die Unterscheidung zwischen einem „negativen Frieden“ (Abwesenheit von Krieg) und einem „positiven Frieden“ (Abwesenheit von personaler und „struktureller Gewalt“) ein.¹⁰ Das „mehr“ wird jedoch ganz unterschiedlich begrifflich gefüllt. Für Generationen von Sozialisten konnte man erst dann von wirklichem Frieden reden, wenn alle Kriegsursachen beseitigt sind und sich die Menschen von Ausbeutung, Not, Unterdrückung und Klassenherrschaft befreit haben, also wenn der Kapitalismus weltweit beseitigt und eine sozialistische bzw. kommunistische Weltordnung errichtet ist. Für liberale Demokraten hingegen kann von wirklichem Frieden erst in einer prosperierenden kapitalistischen Marktwirtschaft und in einer demokratischen internationalen Gesellschaft, in der die fundamentalen Menschen- und Bürgerrechte geachtet werden, die Rede sein.

Das Fatale an jeglichem Begriff eines positiven Friedens ist, daß er nicht nur von Pazifisten, die Frieden durch friedliche, gewaltlose Mittel herbeiführen wollen, benutzt wird, sondern daß er auch oftmals zur Legitimation von Kriegen, mit denen wirklicher Frieden dauerhaft geschaffen werden soll, benutzt wird. Die politisch relevantesten Protagonisten der gegensätzlichen und unvereinbaren Friedensideen, die seit 1917 die Weltgeschichte geprägt haben, waren Thomas Woodrow Wilson (1856-1924) und Wladimir Iljitsch Lenin (1870-1924), so daß von einem Antagonismus zwischen Wilsonianismus und Leninismus die Rede sein konnte.¹¹

Das „letzte Gefecht“ in der Hymne der internationalistischen Sozialisten und Kommunisten sollte ebenso wie so mancher demokratische Missionskrieg der Krieg zur Beendigung aller Kriege sein. Die Parole „Krieg dem Kriege“ meinte nicht immer nur den gewaltlosen Kampf gegen Krieg und vermeintliche Kriegsursachen, sondern einen wirklichen Krieg, der einen dauerhaften Frieden herbeiführen sollte. In diesem Sinne spielt der Vorlesungstitel „Weltfrieden – auch durch Krieg“ nicht mit einem logischen Widerspruch, sondern drückt ein weltweit gängiges Friedensverständnis aus, das manchen Krieg als friedensschaffendes Mittel begreift. Es ist auch in der US-Gesellschaft das vorherrschende Friedensverständnis.

2 Ambivalenzen der US-amerikanischen Weltpolitik

Das US-amerikanische politische Denken¹² ist in gewisser Weise von Anfang an weltpolitisch. Die Unabhängigkeitserklärung von 1776 verkündete universale Menschenrechte und klagte sie gegen eine als despotisch empfundene britische Weltmacht ein. Nach der Erringung der Unabhängigkeit konzentrierten sich die Vereinigten Staaten hundert Jahre lang vornehmlich auf die Gestaltung ihrer inneren Verhältnisse und auf die territoriale Expansion in Nordamerika. Sie wollten sich von der Alten Welt Europas und Asiens mit ihrem Despotismus, ihren Kriegen, Monarchien, Adels- und Priesterherrschaften und ihren Unrechtsregimen fernhalten, nicht in ihre Konflikte verwickelt werden (Isolationismus). Mit der Monroe-Doktrin versuchten die USA, die sich von ihren europäischen Kolonialherren in revolutionären Kriegen befreienden lateinamerikanischen Republiken sowohl von den Kolonialmächten Europas abzuschirmen als auch selbst Einfluß auf ihre inneren Verhältnisse zu nehmen.

Die Beendigung der kontinentalen West-Expansion und die zeitweise durchaus umstrittene Absage an eine Expansion nach Norden und Süden zur Eroberung Kanadas, Mexikos und Mittelamerikas, ging mit einer Entwicklung der USA zu einer führenden Industrie- und Wirtschaftsmacht in der Welt Hand in Hand, die nach neuen Absatzmärkten und Rohstoffquellen außerhalb des Kontinents suchte. Dies führte zunächst zu einem Streit zwischen denjenigen, die zu einer traditionellen imperialistischen Eroberungs- und Kolonialpolitik übergehen wollten und anderen, die die US-amerikanischen Außenwirtschaftsinteressen auf eine antikolonialistische Weise befriedigen wollten. Ende des 19. Jahrhunderts setzten sich zunächst die Imperialisten durch und ließen die USA durch die Eroberung Kubas, Puerto Ricos, Hawaiiis, Guams und der Philippinen Kolonialmacht werden. Zuvor schon waren Stützpunkte im Pazifik (Samoa etc.) sowie die Panama-Kanalzone (zur Verknüpfung der Handels- und Kriegsflotte im Atlantik und Pazifik) erworben worden. Aber kurz danach gaben die USA die Politik

zur Errichtung direkter Kolonialherrschaft über einzelne abgegrenzte Territorien auf und verfolgten nunmehr nach heftigen inneren Auseinandersetzungen eine Politik der „offenen Tür“. Diese wurde zuerst auf China angewandt, um das Bestreben der europäischen Kolonialmächte abzuwehren, unter sich das Chinesische Reich aufzuteilen, und um der US-Wirtschaft einen unbegrenzten Absatzraum und Rohstoffquellen zu sichern. Gleichzeitig sorgte jedoch protektionistische Politik noch lange vor unerwünschter ausländischer Konkurrenz. Der Aufstieg der USA zur expandierenden Industriemacht gab also den Anstoß, die bisherige Westhemisphärenpolitik zur transozeanischen Weltpolitik¹³ auszuweiten, die die USA zu einem „informellen Weltimperium“, wie manchmal gesagt wurde, und schließlich zur globalen Hegemonialmacht¹⁴ machen sollte. Dies erfolgte im Namen einer universalen moralischen Mission der außergewöhnlichen US-amerikanischen Nation, der ganzen Menschheit Freiheit und Demokratie zu bringen. Dazu dienen überwiegend friedliche, diplomatische und ökonomische Mittel, aber auch militärische Mittel, die im folgenden allein thematisiert werden.

Neben dem weltmissionarischen Denken, das bis heute immer wieder die Außenpolitik der USA zu Kreuzzügen für ihr Verständnis von Freiheit und Demokratie inspiriert, hat stets auch das traditionelle europäische Denken in Kategorien der Machtpolitik und des nationalen Interesses (selbstverständlich näher bestimmt durch die spezifischen Interessen der Machteliten), das seit 1648 eine internationale Machtbalance anzuerkennen pflegte, eine enorme Rolle in der amerikanischen Politik gespielt. Im Namen eines politischen Realismus haben immer wieder Persönlichkeiten wie Hans Morgenthau¹⁵, Henry Kissinger¹⁶ und Zbigniew Brzezinski¹⁷ die US-amerikanische Weltmachtfunktion und geopolitische Kalküle, nicht die internationale Weltfriedensordnung, in den Vordergrund des politischen Denkens gestellt. „Die inneramerikanische Debatte wird häufig als Widerstreit zwischen Idealismus und Realismus dargestellt. Sowohl Amerika als auch dem Rest der Welt könnte eines Tages klar werden, dass Amerika lernen muss, in beiden Modi zu handeln – andernfalls könnte es sein, dass es seine Aufgaben in keinem der beiden Modi erfüllen kann.“¹⁸

3 Strukturen der Sicherheit in den internationalen Systemen seit dem 18. Jahrhundert

Erst mit der Entdeckung und Eroberung Amerikas durch Europäer am Ende des 15. Jahrhunderts entstand allmählich ein globales System, bestehend aus Staaten und vorstaatlichen Herrschaftsgebilden, in das nach und nach die älteren Teilwelten der Menschheit eingegliedert wurden. Dieser Vorgang war stets mit Versuchen verbunden, ein globales, zumindest zeitwei-

se friedenssicherndes System zu bilden. Auf Initiative des römisch-katholischen Papstes Alexander VI. teilten die beiden iberischen Kolonialreiche Spanien und Portugal 1494 im Vertrag von Tordesillas die Welt zwischen sich in zwei Hemisphären auf. Die bizonale Weltstruktur wurde durch den Aufstieg der beiden protestantischen Kolonialreiche Großbritannien und Niederlande sowie Frankreichs zunichte gemacht. Der Dreißigjährige Krieg beendete zumindest in Europa die Idee einer päpstlichen oder kaiserlichen Universalmonarchie, wenn sie auch im osmanischen Kalifat und Sultanat und in Süd- und Ostasien noch lebendig blieb.

Das 1648 geschaffene Westfälische System souveräner Territorialstaaten blieb zunächst auf Europa beschränkt, globalisierte sich allerdings mit der Ausdehnung der europäischen Kolonialmächte, wobei die vorstaatlichen Herrschaftsverbände aufgelöst wurden. Seitdem ist der Territorialstaat Basiselement des modernen Staatensystems, das unter dem Gesichtspunkt der Vorherrschaft einiger Staaten ein interimperiales System war. In ihm gelang es, Kriege in ihrer Vernichtungskraft trotz technologischer Modernisierungen zu mäßigen. Ideen eines Fürstenbundes als Friedensbund wurden niemals realisiert. Doch dieses System transformierte sich nochmals grundlegend durch den Nationalismus, der seit der Amerikanischen und der Französischen Revolution am Ende des 18. Jahrhunderts begann, das System der Territorialstaaten in eines der Nationalstaaten (internationales System im eigentlichen Sinne)¹⁹ umzuwandeln, ein Prozeß, der mit der drastischen Vermehrung der Staaten²⁰ seit Jahre 1878 einherging. Gab es 1900 nur 50 Staaten auf der Erde, so sind es seit 2011 bereits 193, die in den Vereinten Nationen zusammengeschlossen sind. Der am 4. Juli 1789 aus 13, seit 1783 unabhängigen Staaten gebildete Bundesstaat USA ist der erste Nationalstaat der Geschichte.

Das bipolare, spanisch-portugiesische Imperialsystem wurde nach dem Spanischen Erbfolgekrieg von 1701-1714 endgültig durch ein naturwüchsig entstandenes, nicht zentral oder gemeinsam geplantes multipolares System abgelöst, das erstmals durch ein Konzept des Mächtegleichgewichts zwischen fünf Großmächten (*balance of power*) gesichert werden sollte. Dieses System geriet durch die beiden Proto-Weltkriege von 1756-1763 und 1792-1815 in Turbulenzen, wurde aber durch die Verträge des Wiener Kongresses konsolidiert. Es war jedoch bereits gesellschaftspolitisch gespalten in zwei liberale, schrittweise sich demokratisierende westliche Großmächte Großbritannien und Frankreich und drei noch überwiegend autokratische Großmächte Österreich, Preußen (später Deutsches Reich) und Rußland.²¹ Am Rande der Pentarchie wurde halbherzig auch das Osmanische Reich in die Sicherheitsarchitektur der neuen imperialen Staatenordnung einbezogen. Die katholisch-protestantisch-orthodoxe christliche Heilige Allianz der drei Ostmächte und die beiden Westmächte neigten zunehmend

dazu, das Osmanische Reich als untereinander aufzuteilende Konkursmasse zu betrachten, wofür sie das Verlangen der Balkanvölker nach einem Nationalstaat instrumentalisierten. Alle Sicherheitsregelungen waren bis dahin apriori nur als historisch befristet gedacht. Sie wurden durch begrenzte Kriege an neue Machtverhältnisse adjustiert.

Die Idee einer dauerhaften Weltfriedensordnung als von den Völkern bzw. von den Nationen getragene Staatenordnung (Staatenbund verstanden als Völkerbund bzw. League of Nations) war bereits seit der Aufklärung und der Französischen Revolution von Philosophen wie Jean-Jacques Rousseau (1712-1778) und Immanuel Kant (1724-1804) entwickelt worden. Eine liberale und eine sozialistische Friedensbewegung propagierten sie im 19. Jahrhundert. Aber erst die Initiative des Präsidenten der USA Thomas Woodrow Wilson (1856-1924) machte sie geschichtsmächtig. Der Erste Weltkrieg gab den Anstoß, die Idee in die Tat umzusetzen. In ihm stiegen die neutralen USA durch ihre wirtschaftliche und finanzielle Unterstützung der Alliierten zur Weltwirtschaftsmacht auf und begannen im Bruch mit der bisherigen isolationistischen Tradition, auf die europäischen politischen Verhältnisse Einfluß zu nehmen.

Zunächst versuchte Wilson, einen Ausgleich zwischen den kriegführenden Allianzen in einem Frieden ohne Sieg und Annexionen zu erzielen und einen weltweiten Völkerbund der „zivilisierten Nationen“ als dauerhaften Friedensbund zu propagieren. In seiner Weltsicht schien eine Beendigung der zwischenstaatlichen Kriege möglich, indem sich das demokratische Prinzip der Regierung durch die Regierten (d.h. ihre gewählten Vertreter) als Grundlage der Legitimität staatlicher Macht ausbreitete. Das impliziert die Bildung von Nationalstaaten, also von Staaten, die von Bürgern gewollt werden. Ferner hielt er die weltweite Geltung der Menschenrechte und eine aufgeklärte Weltöffentlichkeit für eine wichtige Kontrollinstanz der Staaten, wozu die Geheimdiplomatie abzuschaffen war. Freier Welthandel, ein weiter entwickeltes Völkerrecht und ein Abrüstungsprozeß, aber auch ein System kollektiver Sicherheit, das allgemeine Kriegsbereitschaft bei einem Angriff auf ein Mitglied des Völkerbundes erfordert, waren weitere Elemente seiner Weltfriedenskonzeption. Pazifistische wie imperialistische Gegner des Wilsonianismus sahen und sehen bis heute vor allem im letzten Punkt eine nicht akzeptable Einschränkung der nationalen Souveränität durch eine bündnispolitische Verpflichtung zum Kriege im Interesse anderer Länder und Völker. In der idealistischen Vorstellung Wilsons gab es keine fundamentalen Widersprüche zwischen den nationalen Interessen der USA und dem Menschheitsinteresse am Weltfrieden.²²

Als Wilson und seine Anhänger im Frühjahr 1917 befürchteten, daß Deutschland den Krieg gewinnen und zur Vormacht auf dem Kontinent werden könnte, sahen sie die Rückzahlungs-

fähigkeit der Alliierten für die immensen Kriegskredite der USA als gefährdet an. Außerdem schien sich die deutsche Militärmacht zur unmittelbaren Gefahr für die Sicherheit der USA zu entwickeln. Die Aufdeckung eines geheimen deutschen Angebots an Mexiko, ein Bündnis zu schließen, mit dem ihm die Rückeroberung der südöstlichen Teile der USA in Aussicht gestellt wurde, unter Umständen gar mit Unterstützung Japans, trug wesentlich zum Umkippen der neutralistisch-pazifistischen Bevölkerungsmeinung in den USA bei.²³ Die Erklärung Deutschlands im Februar 1917, zum unbeschränkten U-Bootkrieg zurückzukehren, gab den endgültigen Anlaß für die USA, auf Seiten der Alliierten in den Krieg einzutreten. Die liberaldemokratische Februarrevolution in Rußland erleichterte eine Neuinterpretation des Weltkrieges, der bislang als ein Krieg zwischen imperialistischen Mächten gedeutet worden war und nunmehr zu einem Kreuzzug der Demokratie gegen die Autokratie (Deutschlands und seiner Verbündeten) umgedeutet wurde. Wilson rechtfertigte den Kriegseintritt nunmehr damit, die ganze Welt, also insbesondere Europa, sicher für die Demokratie und die Freiheit des Menschen zu machen.²⁴ Der Krieg sollte somit zum Geburtshelfer einer dauerhaften Weltfriedensordnung werden, ein Krieg, der alle Kriege beenden sollte. Nicht mehr ein Kompromißfrieden zwischen den Kriegführenden, sondern ein Sieg der Alliierten in einer Assoziation mit den USA²⁵ sollte nunmehr die Voraussetzung für die Errichtung eines demokratischen Weltfriedensbunds von Nationalstaaten schaffen. Das gleichzeitig verkündete Selbstbestimmungsrechts der („zivilisierten“, also der europäischen) Völker sollte die Zerschlagung des Habsburger und des Osmanischen Reiches programmatisch rechtfertigen. Mit großem persönlichem Einsatz setzte Wilson durch, daß die Völkerbundsatzung in die Friedensverträge mit den Mittelmächten aufgenommen wurde. Dabei mußte er viele Kompromisse mit den anderen Siegermächten, die an ihren kolonialen und annexionistischen Kriegszielen festhielten, eingehen. Das machte seine Friedenspolitik in den Augen vieler unglaubwürdig, insbesondere in Deutschland und China. Seine eigenen rassistischen Ressentiments trugen dazu bei, den „unzivilisierten“ Völkern, die bislang unter Herrschaft Deutschlands und des Osmanischen Reiches gestanden hatten und die erst noch von den Weißen zur Selbstregierung erzogen werden sollten, das Selbstbestimmungsrecht erst in ferner Zukunft in Aussicht zu stellen.

Wilson vermochte sich zwar mit seiner weltpolitischen Ordnungsvorstellung in Europa und Asien durchzusetzen, scheiterte aber in seinem eigenen Land, obwohl die Mehrheit der Bevölkerung mit der Völkerbundidee sympathisierte. Wilson war es zwar weithin gelungen, die Übereinstimmung des amerikanischen Nationalinteresses an einer liberalen, kapitalistischen Weltwirtschaft, das gleichwohl lange mit einem US-Protektionismus vereinbar schien, mit

dem moralischen Selbstverständnis der USA als einer Macht mit einer liberalen und demokratischen Weltmission zu behaupten. Er konnte aber weder die dezidierten Imperialisten, die in Kategorien staatlicher Machterweiterungspolitik dachten, noch die Isolationisten gewinnen, die jede Einschränkung der nationalen Souveränität der USA durch militärische Verpflichtungen gegenüber dem Völkerbund ablehnten, für sich gewinnen. Durch taktisches Ungeschick erlangte Wilson nicht die Zweidrittelmehrheit im US-Senat, die für die Ratifizierung der Friedensverträge mit der Völkerbundsatzung erforderlich war.²⁶ Somit trat der Völkerbund ohne die USA, außerdem ohne Deutschland und Sowjetrußland, in die Geschichte ein und erschien vielen Zeitgenossen lediglich als französisch-britischer Siegerbund zur Absicherung ihrer Kriegsbeute. Das Versailler System enthielt zwar Ansätze zu einer universalen Friedensordnung, blieb aber ein partikulares internationales System, aus dem wesentliche Teile der Welt ausgeschlossen waren oder sich später selbst ausschlossen (Italien, Japan, Deutschland).

Trotz eines äußerlichen Rückfalls in die isolationistische Abkehr von weltpolitischen Verpflichtungen und vom Völkerbund in den beiden folgenden Jahrzehnten zwang die weltwirtschaftliche Verflechtung der USA zur Fortsetzung einer modifizierten Weltpolitik und auch Weltmachtrolle. 1928 brachte der US-amerikanische Außenminister Frank Billings Kellogg mit dem französischen Außenminister Aristide Briand einen internationalen Vertrag zur Ächtung des Angriffskrieges²⁷ auf den Weg, der einen Meilenstein auf dem Wege zum Verbot jeglicher Angriffsgewalt in der mittlerweile von allen Staaten der Erde gebilligten VN-Charta und auch zur tatsächlichen Verringerung der zwischenstaatlichen Kriege war. Wiederum ist ohne einen US-Präsidenten - Franklin D. Roosevelt (1882-1945), der wie Wilson von der Demokratischen Partei nominiert worden war - kaum die Gründung der Vereinten Nationen vorstellbar. Diese entstanden zunächst aus einer Kriegsallianz. Anfangs wurden nur die Staaten als friedliebend angesehen, die bereit gewesen waren, Krieg gegen die mit dem nationalsozialistischen Deutschland verbündeten Staaten zu führen. Erst später wurden auch die neutralen und die besiegten Staaten in die VN aufgenommen.

Die Vereinten Nationen sind keine pazifistische Organisation. Den Weltfrieden und die internationale Sicherheit auch mittels Krieg (nach dem Versagen friedlicher Mittel) zu bewahren oder gegebenenfalls wiederherzustellen, ist ihr erklärtes Ziel, auch wenn die Charta der VN dafür nicht das Wort Krieg benutzt, sondern die Wörter „Operationen“, „Maßnahmen“, „Zwangsmaßnahmen“ und Anwendung von „Waffengewalt“.²⁸ Seit einigen Jahrzehnten werden manche VN-Kriege auch „(robuste) Friedensmissionen“ genannt. Es gehört zu den wohlgepflegten Mythen der Politik, aber leider auch in der Politik- und Völkerrechtswissenschaft

und sogar der Friedens- und Konfliktforschung, von einem allgemeinen Gewaltverbot der VNCh zu sprechen, obwohl nach dem Wortlaut dieser Charta nur bestimmte Formen der Gewalt verboten sind, andere hingegen implizit oder mit anderer Wortwahl als erlaubt gelten. Innerstaatliche Gewaltanwendung zur Aufrechterhaltung der bestehenden Rechtsordnung ist im Verständnis von der Souveränität der Mitgliedsstaaten der VN selbstverständlich legitim. Allerdings umfaßt dieses Recht auf Gewaltanwendung des Staates auf seinem Territorium und gegenüber seinen Staatsangehörigen seit einigen Jahren nicht mehr das Recht, international ungestraft schwere Menschenrechtsverletzungen wie z. B. Massenmord zu begehen.²⁹ Zuvor galten diese völkerrechtlich und in der vorherrschenden internationalen Politik als „innere Angelegenheiten“ souveräner Staaten. Sie werden auch heute noch meist als solche behandelt.

Zwischenstaatliche Gewalt wird von der VNCh in Art. 2, Abs. 4 nicht allgemein verboten, wie gern behauptet wird, sondern nur solche Gewalt in den internationalen (also nicht in den intrastaatlichen) Beziehungen, „die gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit irgendeines Staates gerichtet oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbar ist“. Damit ist bereits implizit die Gewalt für die Aufrechterhaltung der territorialen Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates legitimiert. Dies wird auch ausdrücklich in Art. 51 gesagt, in dem der Verteidigungskrieg (auch wenn er lediglich „Verteidigung“ genannt wird) gegen einen Angriff, vor allem gegen eine unerbetene Überschreitung der Staatsgrenzen durch fremde Truppen, gleichgültig, ob sie tödliche Gewalt anwenden oder nur Zwang ausüben (wie z. B. in der Tschechoslowakei 1968 oder 2014 auf der Krim), als Naturrecht bezeichnet wird, das durch keine Bestimmung der vorliegenden Satzung beeinträchtigt werde.³⁰ Außerdem wird der VN-Sicherheitsrat durch Art. 42 ermächtigt, „durch Luft-, See- und Landstreitkräfte die Operationen durch(zu)föhren, die zur Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit nötig sind,“ sobald sich friedliche Zwangsmittel zu diesem Zweck als ungenügend oder ungeeignet erwiesen haben. Mit anderen Worten: Krieg ist ein völkerrechtlich erlaubtes Mittel zur Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung des Weltfriedens und zur Verteidigung der territorialen Unversehrtheit und Unabhängigkeit von Staaten. Es gibt kein allgemeines Gewaltverbot, lediglich ein Verbot der Aggression mittels Krieg und militärischer Gewalt. Dementsprechend haben die VN schon mehrmals internationalen Krieg autorisiert, z. B. in Korea 1950-53, im Irak 1991, in Afghanistan 2001-14 und in Libyen 2011. Weltfrieden durch Krieg ist also eine Maxime, die in der VNCh enthalten ist und dem Völkerrecht entspricht, sie ist keine besondere Doktrin der USA, des mächtigsten und einflußreichsten Mitglieds der Vereinten Nationen.

4 Aufstieg und Abstieg der Weltmacht USA

Bereits gegen Ende des 19. Jahrhunderts stiegen die USA zur wirtschaftlichen Großmacht infolge der enormen Bevölkerungszunahme durch eine Masseneinwanderung und die unternehmerische und technologische Innovationskraft der US-amerikanischen Gesellschaft auf. Von 1860 bis 1900 stiegen die Exporte von 234 Mill. auf 2,5 Mrd. Dollar, das Bruttosozialprodukt verdreifachte sich von 1869 bis 1897.³¹

Als wichtiger Lieferant von Lebensmitteln und Rüstungsgütern für die britische und französische Wirtschaft im Verlaufe des Ersten Weltkrieges³² profitierten die USA zunächst jahrelang von der Selbstzerstörung der europäischen Großmächte, ehe sie durch ihren Kriegseintritt auf seiten der Alliierten ihre Stärke in deren Waagschale warfen und damit zur bestimmenden Großmacht auf der Friedenskonferenz in Paris wurde. Zwar zogen die USA sich nach der Entscheidung, nicht dem Völkerbund beizutreten, nochmals in eine beschränkte weltpolitische Isolation zurück, blieben jedoch die führende Weltwirtschaftsmacht, deren Gewicht auch nicht durch den Börsencrash vom Oktober 1929 beeinträchtigt wurde, da er auch die Konkurrenten in der kapitalistischen Weltwirtschaft schwer schädigte.

Am Zweiten Weltkrieg beteiligten sich die USA nicht wie am Ersten freiwillig, sondern der japanische Überfall auf Pearl Harbour und die rasch darauffolgende deutsche Kriegserklärung zogen sie in ihn hinein. Er schädigte sie aber ökonomisch und demographisch weit weniger als die anderen Großmächte. So gingen die USA aus diesem Krieg als eindeutig führende Weltwirtschaftsmacht und auch als militärisch dominante Weltmacht hervor. Sie mußte jedoch den Aufstieg der Sowjetunion zur zweitstärksten Militärmacht hinnehmen. Nach dem Sieg über die antidemokratischen und antikommunistischen aggressiven Großmächte Japan, Italien und Deutschland sowie der Teilung und Verkleinerung des letzteren entstand eine neue Pentarchie in der Nachkriegsordnung. Aber die Schwächung und Teilung Chinas durch einen langen und blutigen Bürgerkrieg, der Prozeß der Dekolonialisierung der westeuropäischen Imperien und vor allem der gesellschaftspolitische Antagonismus zwischen der kommunistischen Welt, in schließlich ein Drittel der Menschheit lebte, und der kapitalistischen Welt, in der die demokratischen Großmächte vorherrschten, verwandelten die Pentarchie rasch in ein bipolares internationales System, das mit erheblichen Modifikationen bis 1991 existierte.

Der Untergang der kommunistischen Parteiherrschaft und das Auseinanderbrechen der multinationalen kommunistischen Staaten sowie der Übergang der Volksrepublik China zur wie auch immer noch eingeschränkten kapitalistischen Marktwirtschaft ließen ein neues interna-

tionales System entstehen, das nunmehr die ganze Welt mit einem zumindest regional immer dichter vernetzten kapitalistischen Wirtschaftssystem umfaßte. In ihm wurden die USA sowohl zur führenden Weltwirtschaftsmacht, als auch zur politisch dominanten Weltmilitärmacht. Strittig ist jedoch, ob dieses internationale System langanhaltend ein unipolares System bleiben oder sich wieder zu einem multipolaren System entwickeln wird. Vorerst beanspruchen die USA immer wieder einmal, gemeinsam mit den NATO-Verbündeten oder auch nur mit einigen kriegswilligen Staaten, notfalls auch allein, den Weltfrieden außer durch diplomatische Mittel notfalls auch durch Krieg zu sichern oder wiederherzustellen, weil die Vereinten Nationen unfähig oder unwillens seien, ihre Satzungsaufgabe zu erfüllen.

Die weltwirtschaftliche Dominanz der USA hat seit 1945 und insbesondere seit 1973 ständig abgenommen. Nach 1945 erzeugten sie etwa 60 % des Weltsozialprodukts, heute nur noch rund 24 %.³³ Der Wiederaufstieg Japans und Deutschlands zu Wirtschaftsgrößmächten und später die Entstehung der Weltwirtschaftsmacht China sowie das wachsende Gewicht anderer Länder wie Indien, Brasilien und Südafrika, die heute auf den G 20-Gipfeln zu weltwirtschaftlichen Fragen mitreden, schwächen die Vorherrschaft der USA ab. Die eindeutige militärische Überlegenheit der USA in Kriegen mit regulären Streitkräften wird durch die Macht eingeschränkt, die Feinde der US-Weltmachtposition mittels Guerillakrieg und transnationalem Terrorismus entfalten. Politisch können die USA nicht mehr in allen weltpolitischen Konflikten auf die fraglose Unterstützung durch ihre Bündnispartner rechnen, wie sich insbesondere im Dritten Golfkrieg 2003. In der Shanghai-Organisation zeigt sich das Interesse Chinas, Rußlands und anderer Staaten, das unipolarisierte internationale System wieder stärker zu multipolarisieren. Scheute sich die Regierung George W. Bushs nicht, weltpolitisch mehr oder weniger nationale Alleingänge zu beschreiten und die Vereinten Nationen mit Verachtung zu marginalisieren, so hat sich die Regierung Barack Obama wieder stärker auf die multilaterale Tradition der US-Außenpolitik besonnen, die auf eine größtmögliche Unterstützung der Staatengemeinschaft und der Weltöffentlichkeit Wert legt (besonders deutlich in der Kuba-Krise 1962), ohne den US-amerikanischen weltpolitischen Führungsanspruch aufzugeben.

5 Chancen für die wachsende Bedeutung friedlicher Mittel zur Wahrung und Veränderung des Weltfriedens

Wiewohl viele global-humane Ideen wie die Menschenrechte, der Liberalismus, die Demokratie und der Völkerbund ihre geistigen Wurzeln in Europa haben, so ist ihre Verknüpfung mit realer politischer Staatsmacht ein einzigartiges historisches Verdienst der USA. Gleich-

wohl kann man nicht die Augen vor der historischen Tatsache verschließen, daß immer wieder auch engstirniger Großmachtnationalismus, zynische Gewaltpolitik, die Unterstützung von Diktaturen, die nationale ökonomische und strategische Interessen der USA förderten, ja sogar völkerrechtswidrige Interventionen und Kriege die US-Außenpolitik prägen. Der Aggressionskrieg gegen den Irak im Jahre 2003 gehört zu diesen dunklen Seiten der US-Politik, ein Kriegsverbrechen, das von der Mehrheit der US-Bevölkerung getragen wurde. Auch die extensive Auslegung des 11. September 2001 als kriegerische Aktion (nicht als kriminellen Akt) durch die VN und die NATO, die einen über 14-jährigen Verteidigungskrieg der USA und ihrer Verbündeten gegen Afghanistan als Schutzmacht von Al-Qaida rechtfertigen sollte, ist kritikwürdig. Bis heute ist umstritten, ob es nicht 1999 friedlichere und völkerrechtskonformere Alternativen zu einem Interventionskrieg in der Bundesrepublik Jugoslawien gab, nachdem die USA die kosovarische aufständische Bewegung der UÇK unterstützt hatte.

Die von Anfang an liberal-pluralistische Gesellschaft der USA hat sich seit dem frühen 19. Jahrhundert in vielen kleinen Schritten demokratisiert (Ausweitung des Wahlrechts auf die Besitzlosen und Frauen, Gewährung der Bürgerrechte an die ehemaligen Sklaven und die indianischen Ureinwohner). Anders als das selbstgenügsame Freiheits- und Demokratieverständnis der Schweiz ist das US-amerikanische von Anfang ein universales, weltmissionarisches, das die wahren Interessen der Menschheit zu kennen vermeint und seit 1917 auch unter Einschluß des Mittels Krieg zur Geltung bringen will. Zur Geschichte der USA und zur Charakteristik ihrer Gesellschaft gehört aber auch, daß die internationale Friedensbewegung und der Pazifismus seit zwei Jahrhunderten eine vergleichsweise starke Basis haben. Die organisierte internationale Friedensbewegung überhaupt hat ihren Ursprung im Protest vieler US-Amerikaner und Briten gegen den US-amerikanisch-britischen Krieg von 1812-1814. Damals entstanden in den beiden angelsächsischen Ländern die ersten Friedensorganisationen, die später Resonanz in Frankreich und einigen anderen west- und nordeuropäischen Ländern und erst sehr spät im 19. Jahrhundert auch in Deutschland und Österreich-Ungarn hatten.³⁴ Das Friedensbedürfnis in der Gesellschaft in den USA war auch eine wichtige Grundlage des Wahlsieges von Woodrow Wilson bei den Präsidentschaftswahlen 1912, als er versprach, die USA aus den Verstrickungen der Kriegspolitik der Europäer herauszuhalten. Nur gegen erheblichen gesellschaftlichen Widerstand konnte er die USA dann im April 1917 doch noch in den Krieg führen. Wilsons Politik zur Gründung des Völkerbundes als Friedensbund fand breite Unterstützung in der US-Gesellschaft, wenn auch keine ausreichende Mehrheit im Senat. Internationales, humanitäres Engagement für unter Krieg, Naturkatastrophen und wirt-

schaftlichem Elend leidende Menschen in vielen Ländern findet immer wieder eine im Weltmaßstab außergewöhnliche Solidarität von US-Bürgern. Dies obwohl gleichzeitig die Mehrheit der Gesellschaft oft einem kriegerischen Nationalpatriotismus unterliegt und Krieg gegen wirkliche oder auch nur vermeintliche Feinde der USA und ihrer Wertvorstellungen, die oft umstands- und kritiklos für Wertvorstellungen der ganzen Menschheit gehalten werden, befürwortet. Doch immer wieder werden die kriegerische Missionspolitik und der Versuch zum Export des US-amerikanischen Demokratiemodells durch Niederlagen und Enttäuschungen in Zweifel gezogen. Die Bewegung gegen den Vietnamkrieg in den USA in den 1970er Jahren wurde zwar von Pazifisten inspiriert, aber keineswegs überwiegend von prinzipiellen Kriegsgegnern getragen, sondern von Gegnern einer imperialistischen Interventionspolitik höchst unterschiedlicher politischer Motivation. Kaum ein anderer kriegführender Staat hat eine solche oppositionelle Friedensbewegung, die weltweite Unterstützung fand, hervorgebracht und geduldet. Ohne sie wäre ein Abbruch des Vietnamkrieges kaum möglich gewesen, auch nicht eine vieljährige Zurückhaltung der USA nach 1975 bei der Initiierung neuer Kriege. Auch die Ankündigung des Irakkrieges 2003 brachte Millionen Menschen auf die Straße. In der US-Gesellschaft gibt es nach wie vor ein unvergleichliches Friedenspotential, das bei aller Kritik an der kriegerischen Interventionspolitik vieler US-Regierungen und unzweifelhafter Kriegsverbrechen, wie der Aggression gegen den Irak 2003, nicht übersehen werden darf.

Woran es gegenwärtig fehlt, ist eine vernünftige Verknüpfung von realistischer und idealistischer Weltpolitik, die an der politischen Solidarität mit den Verfechtern von liberaler Demokratie und ständig weiter zu entwickelnden Menschenrechten und Freiheiten auch in Autokratien festhält, aber die Grenzen von staatlicher Exportpolitik dieser Werte anerkennt und pragmatische Friedensregelungen auch mit Autokratien mit diplomatischen Mitteln anstrebt. Die Absage an demokratische Freiheitskreuzzüge setzt ein modifiziertes Friedensverständnis voraus, das einerseits von einem engen Friedensbegriff ausgeht (Frieden = Nichtkrieg), andererseits nicht jeden Nichtkrieg als Frieden bezeichnet, sondern unmenschliche Lebensverhältnisse, die vor allem in Autokratien, manchmal aber auch in Demokratien, als Unfrieden.³⁵ Es setzt ferner voraus, daß viele Formen des Unfriedens und autokratischer Herrschaft mit gewaltlosen, friedlichen Mitteln, wenn auch meist nicht kurzfristig, überwunden werden können. Der Sturz vieler autokratischer Regime z. B. in Süd- und Osteuropa sowie Lateinamerika ohne Bürgerkrieg in den letzten Jahrzehnten zeigt, daß eine gewaltlose Friedenspolitik zur Überwindung von Unfrieden realisierbar ist. Zur Weltfriedenspolitik mit Krieg gibt es also eine Alternative, aus deren Sicht manche US-Außenpolitik deutlich kritisiert werden kann.

6 Konjunkturen der Kriegsbereitschaft in den USA

Phasen des weltpolitisch-missionarischen und militärisch aggressiven Ausgreifens wechseln mit solchen der Zurückhaltung in der Geschichte der US-Außenpolitik.³⁶ Der kurzen imperial-kolonialistischen Phase von 1898 folgte 1917-1919 der eigentliche Eintritt der USA in die Weltpolitik mit der freiwilligen Teilnahme am Ersten Weltkrieg und der Mitgestaltung der Versailler Weltordnung. Nach einem weitgehenden Rückzug aus der Weltpolitik in den Jahren 1920-1940 wurden die USA in den Zweiten Weltkrieg gezwungen. Im Kalten Krieg beteiligten sie sich an mehreren Kriegen, insbesondere am Koreakrieg, meist provoziert durch autokratische Regime, die den internationalen Status quo ändern wollten. Aber es gab auch Versuche, kommunistische Herrschaft durch Krieg zu beseitigen. Das Debakel des Vietnamkrieges und eine starke US-amerikanische und globale Friedensbewegung veranlaßten nach 1975 lange eine militärische Zurückhaltung. Der Terroranschlag von Al-Qaida am 11.9.2001 löste jedoch einen jahrelangen Krieg der USA und ihrer Verbündeten in Afghanistan aus und bereitete politisch-moralisch in der US-Gesellschaft den Krieg gegen den Irak vor. Der Demokrat Barack Obama trat dann mit dem Anspruch auf, beide Kriege zu beenden,³⁷ sah sich jedoch mit unvorhergesehenen Folgewirkungen des Irakkrieges konfrontiert. Die unvernünftige völlige Entmachtung der Sunniten im Irak ermöglichte den Aufstieg einer mächtigen politischen Bewegung „Islamischer Staat“, die es versteht, konventionelle Kriegsführung der territorialen Eroberung mit den Mitteln des transnationalen Terrorismus zu kombinieren und den Anspruch zu erheben, das sunnitische Kalifat, also eine islamische Großmacht, wieder zu errichten und damit die von den europäischen Kolonialmächten Frankreich und Großbritannien 1916-1919 geschaffenen arabischen Staaten und Grenzen zu beseitigen. Wiederum sind die USA, wenn auch mit militärischer und politischer Unterstützung zahlreicher Staaten, die einzige Militärmacht, die in der Lage und willens ist, einer derartigen Umwälzung des internationalen Systems mit intensiver, wenn auch vorerst auf Luftkriegsaktionen beschränkter Gewaltanwendung entgegenzutreten. Auch die Expansion der Militärmacht Rußlands in der Ukraine und in Syrien läßt die Neigung in der US-Gesellschaft wachsen, erneut mit Krieg und Kriegsdrohungen die bestehende Staatenordnung mit ihren Grenzen im Namen des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit zu bewahren, aber gleichzeitig die Liberalisierung und Demokratisierung in einigen Ländern militärisch zu unterstützen. Es hängt vor allem von Lernprozessen in der US-Gesellschaft ab, mehr als bisher die Möglichkeiten nichtmilitärischer Friedenspolitik zu nutzen. Dazu können Initiativen der US-Bündnispartner wie auch eine breite internationale Friedensbewegung durchaus wertvolle Anstöße geben.

¹ „In der Erwägung, daß es zur Förderung der Zusammenarbeit unter den Nationen und zur Gewährleistung des internationalen Friedens und der internationalen Sicherheit wesentlich ist, bestimmte Verpflichtungen zu übernehmen, nicht zum Kriege zu schreiten ... nehmen die Hohen vertragschließenden Teile die gegenwärtige Satzung, die den Völkerbund errichtet, an.“ Präambel der VBS. „Ausdrücklich wird hiermit festgestellt, daß jeder Krieg und jede Bedrohung mit Krieg ...eine Angelegenheit des ganzen Bundes ist, und daß dieser die zum wirksamen Schutz des Völkerfriedens geeigneten Maßnahmen zu ergreifen hat.“ (Art. 11 VBS). „Die Ziele der Vereinten Nationen sind: 1. Den Weltfrieden und die internationale Sicherheit aufrechtzuerhalten und zu diesem Zweck wirksame Kollektivmaßnahmen zu ergreifen, um Bedrohungen des Friedens vorzubeugen und sie zu beseitigen und um Angriffshandlungen und andere Friedensbrüche zu unterdrücken ...“ Art. 1 ChVN.

² Emmerich, Alexander/ Gassert, Philipp 2014: Amerikas Kriege, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, S. 10.

³ Z.B. fanden nach der Kriegserklärung Großbritanniens und Frankreichs an das Deutsche Reich am 3. September 1939 bis Ende März 1940 im Komischen Krieg (*drôle de guerre*) fast keine bewaffneten Auseinandersetzungen statt. Viele andere Staaten, die dem Deutschen Reich später noch den Krieg erklärten, entsandten keine Truppen auf die Kriegsschauplätze.

⁴ Neun Prozent aller Kriege von 1945 bis 2000 waren Bürgerkriege mit externer Beteiligung. Unter allen Bürgerkriegen wird das Verhältnis von Antiregimekriegen zu Autonomie/ Sezessionskriegen von 1945 bis 2000 in einer kriegsstatistischen Untersuchung mit 35 zu 26 % beziffert, siehe Rabehl, Thomas/ Schreiber, Wolfgang (Hg.) 2001: Das Kriegsgeschehen 2000. Daten und Tendenzen der Kriege und bewaffneten Konflikte, Opladen: Leske + Budrich, S. 16. Bis 2009 wurden 241 Kriege gezählt, Schreiber, Wolfgang (Hg.) 2011: Das Kriegsgeschehen 2009. Daten und Tendenzen der Kriege und bewaffneten Konflikte, Opladen: Leske + Budrich, S. 13. Andere Zahlen ergeben sich bei anderen Berechnungsmethoden, siehe Heidelberg Institute for Conflict Research 2015: Conflict Barometer 2014, Heidelberg: HIIK; The International Institute for Strategic Studies 2015: The ISS Armed Conflict Survey, Oxford: Routledge; Petersson, Therèse/Themné, Lotta (Hg.) 2012: States in Armed Conflict 2011, Uppsala: Universitetsstryckeriet.

⁵ Nach diesem spezifischen, historischen Begriff des Kalten Krieges sollte man nicht jegliche zwischenstaatliche Spannung, aus der gar nicht ernsthafte Nuklearkriegsgefahr entsteht, als Kalten Krieg bezeichnen, um nicht militärischer Eindämmungspolitik Vorschub zu leisten.

⁶ Harbom, Lotta/ Wallensteen, Peter 2010: Armed Conflicts, 1946-2009, in: Journal of Peace Research 47 (4), S. 501.

⁷ Gleichwohl wollen manche Autoren diese bewaffneten Kämpfe unter die „neuen Kriege“ subsumieren, siehe Rabehl, Thomas/ Schreiber, Wolfgang (Hg.) 2001: Das Kriegsgeschehen 2000. Daten und Tendenzen der Kriege und bewaffneten Konflikte, Opladen: Leske + Budrich, S. 39. Es heißt, daß die „neuen Kriege“ von einem „Verschwimmen der Grenzen zwischen Krieg ..., organisiertem Verbrechen ... und massiven Menschenrechtsverletzungen geprägt“ seien, Kaldor, Mary 2000: Neue und alte Kriege. Organisierte Gewalt im Zeitalter der Globalisierung, Frankfurt: Suhrkamp, S. 8 [³2012: *New and old wars. Organized violence in a global era*, Hoboken, N.J.: John Wiley].

⁸ Jahn, Egbert 2012: Frieden und Konflikt, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 32 f.

⁹ Vgl. Brock, Lothar: Was ist das ‚Mehr‘ in der Rede, Friede sei mehr als die Abwesenheit von Krieg, in: Sahn, Astrid/ Sapper, Manfred/ Weichsel, Volker (Hg.) ²2006: Die Zukunft des Friedens, Bd. 1, Eine Bilanz der Friedens- und Konfliktforschung, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 95-114.

¹⁰ Gewalt, Frieden und Friedensforschung in: Galtung, Johan 1975: Strukturelle Gewalt: Beiträge zur Friedens- und Konfliktforschung, Reinbek: Rowohlt, S. 7-36 [Galtung, Johan 1969: Violence, Peace, and Peace Research, in: Journal of Peace Research 6 (3), S. 167-191.] Kritisch hierzu: Jahn 2012 (Anm. 9), S. 37-39.

¹¹ Siehe hierzu: Mayer, Arno J. 1964: Wilson versus Lenin. Political Origins of the New Diplomacy 1917-1918, New York: Meridian Books. Auf die Gegnerschaft des Wilsonianismus zum Leninismus nimmt auch die umfangreiche Literatur zu Wilson Bezug, z. B. Levin Jr., N. Gordon 1968: Woodrow Wilson and World Politics. America's Response to War and Revolution, Oxford/ New York: Oxford U.P., S. 13-49 et seq.

¹² Siehe hierzu Schwabe, Klaus 2006: Weltmacht und Weltordnung. Amerikanische Außenpolitik von 1898 bis zur Gegenwart. Eine Jahrhundertgeschichte, Paderborn: Schöningh, S. 3-10; Kissinger, Henry 2014: Weltordnung, München: Bertelsmann [²2014: *World Order*, New York: Penguin], S. 265-311.

¹³ Heideking, Jürgen ²1999: Geschichte der USA, Tübingen/ Basel: A. Francke, S. 227-244 (siehe auch die inzwischen 6. Aufl. von Heideking, Jürgen / Mauch, Christof ⁶2008); Sautter, Udo ³1986: Geschichte der Vereinigten Staaten von Amerika, Stuttgart: Kröner, S. 305-327, Schwabe 2006 (Anm. 12), S. 18-42.

¹⁴ Zur Unterscheidung von Imperium und Hegemonie siehe Menzel, Ulrich 2015: Die Ordnung der Welt. Imperium oder Hegemonie in der Hierarchie der Staatenwelt, Frankfurt: Suhrkamp, S. 29-65: zur Qualifikation der USA als globaler Hegemonialmacht siehe S. 833-1014.

¹⁵ Siehe das grundlegende Werk des politischen Realismus Morgenthau, Hans J. 1963: Macht und Frieden, Gütersloh: Bertelsmann [⁷2005: *Politics Among Nations*, erstmals 1948, New York et al.: McGraw-Hill Education].

¹⁶ Kissinger 2014 (Anm. 12).

¹⁷ Brzezinski, Zbigniew 2012: *Strategic Vision: America and the Crisis of Global Power*, New York: Basic Books. Ders. ⁸2004: *Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft*, Wiesbaden/ Berlin: Beltz Quadriga. Ders. : *The Grand Chessboard. American Primacy and its Geostrategic Imperatives*, New York: Basic Books. Zur geopolitischen Auffassung Brzezinskis siehe Feiner, Sabine 2000: *Weltordnung durch US-Leadership? Die Konzeption Zbigniew Brzezinskis*, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 165-211.

¹⁸ Siehe neuerdings z. B. Kissinger 2014 (Anm. 12), S. 375 am Ende des Kapitels: *Die Vereinigten Staaten: eine ambivalente Supermacht*.

¹⁹ In der Politikwissenschaft wird der Ausdruck „internationales System“ oftmals auf die Ordnung zwischen vorstaatlichen und vernationalen Herrschaftsverbänden in früheren Jahrhunderten oder gar Jahrtausenden, etwa Griechenlands oder Chinas, zurück übertragen, siehe Holsti, Kalevi J. ⁷1994: *International politics. A framework for analysis*, Englewood Cliffs, N.J.: Prentice Hall. Für das deutsche Wort “staatlich” wird meist im Englischen „national“ gebraucht, da es zu “state” kein englisches Adjektiv gibt.

²⁰ Ausführlich hierzu die drei Vorlesungen zur Bildung der Nationalstaaten in: Jahn, Egbert 2015: *Politische Streitfragen*, Band 4, *Weltpolitische Herausforderungen*, S. 13-68.

²¹ Daraus entstanden im 19. Jahrhundert mehrere Varianten des internationalen Systems nach Craig, Gordon A./ George, Alexander L. 1984: *Zwischen Krieg und Frieden. Konfliktlösung in Geschichte und Gegenwart*, München: Beck, S. 43-63. [1983: *Force and Statecraft. Diplomatic Problems of our Time*, Oxford/ New York: Oxford U.P.]

²² Deutsche Darstellungen zu Wilsons Weltfriedenspolitik sind zu finden in Schwabe, Klaus 1971: *Woodrow Wilson. Ein Staatsmann zwischen Puritanismus und Liberalismus*, Göttingen u. a.; Schwabe 2006 (Anm. 12), S. 43-77; Heideking 1999 (Anm. 13), S. 191-230. Zur umfangreichen US-amerikanischen Literatur siehe Rozwenc, Edwin C./ Lyons, Thomas 1965: *Realism and Idealism in Wilson’s Peace Program*, Boston et al.: D. C. Heath; Ambrosius, Lloyd E. 2002: *Wilsonianism. Woodrow Wilson and his legacy in American foreign relations*, New York: Palgrave Macmillan; Clements, Kendrick A. 1992: *The Presidency of Woodrow Wilson*, Lawrence, Kansas; Cooper, John M. Jr. 2001: *Breaking the heart of the world. Woodrow Wilson and the fight for the League of Nations*, Cambridge u.a.; Cooper, John M. Jr. (Hg.) 2008: *Reconsidering Woodrow Wilson. Progressivism, internationalism, war, and peace*, Washington/ Baltimore; Pierce, Anne R. 2003: *Woodrow Wilson and Harry Truman. Mission and power in American foreign policy*, Westport/ London; Walworth, Arthur 1986: *Wilson and his peacemakers. American diplomacy at the Paris peace conference, 1919*, New York/ London.

²³ Schwabe 2006 (Anm. 12), S. 57; Rozwenc/ Lyons 1965 (Anm. 22), S. 11.

²⁴ In seiner Rede vor dem Kongreß am 2. April 1917 sagte Wilson: „We are glad ... to fight thus for the ultimate peace of the world and for the liberation of its peoples, the German peoples included: for the rights of nations great and small and the privilege of men everywhere, to choose their way of life and of obedience. The world must be made safe for democracy. Its peace must be planted upon the tested foundations of liberty”, Rozwenc/ Lyons 1965 (Anm. 22), S. 15.

²⁵ Die USA wollten dadurch, daß sie sich nicht Alliierte, sondern nur als Assoziierte bezeichneten, noch eine gewisse Distanz zu den westeuropäischen Kolonialmächten und ihren imperialistischen Kriegszielen wahren.

²⁶ Dieses Ungeschick wird sowohl auf seinen moralischen Rigorismus als auch auf seine psychische und physische Überlastung mit Vortragsreisen zur Propagierung seiner Völkerbundpolitik, die seinen körperlichen Zusammenbruch und einen Schlaganfall im 1919 Oktober auslöste, zurückgeführt, siehe z. B. Schwabe 2006 (Anm. 12), S. 72-77

Besonderen Anstoß im Senat nahm Art. 10 der VBS: „Die Bundesmitglieder verpflichten sich, die Unversehrtheit des Gebiets und die bestehende politische Unabhängigkeit aller Bundesmitglieder zu achten und gegen jeden äußeren Angriff zu verteidigen.“

²⁷ Zaun, Harald 2008: *Als der Angriffskrieg geächtet wurde*, in: *Telepolis* vom 24. August, <http://www.heise.de/tp/artikel/28/28381/1.html>; Buchheit, Eva 1998: *Der Briand-Kellogg-Pakt von 1928 – Machtpolitik oder Friedensstreben*, Münster: LIT.

²⁸ Siehe Art. 42-51 VNCh.

²⁹ Siehe hierzu Literatur zur Schutzverantwortung (responsibility to protect), etwa Schmeer, Elis 2010: *Responsibility to Protect und Wandel von Souveränität*, Berlin: Berliner Wissenschaftsverlag, S. 44-54; International Commission on Intervention and State Sovereignty 2001: *The Responsibility fo Protect*, Ottawa: International Development Research Centre, <https://web.archive.org/web/20050513013236/http://www.iciss.ca/pdf/Commission-Report.pdf>; United Nations. Resolution adopted by the General Assembly on 16 September 2005, A/RES/60.1, <http://daccess-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/N05/487/60/PDF/N0548760.pdf?OpenElement>.

³⁰ Art. 51 enthält im Detail einen scheinbaren logischen Widerspruch. Einerseits wird das Verteidigungsrecht als „Naturrecht“, damit als unveräußerlich und dauerhaft geltend bezeichnet, andererseits heißt es: Dieser scheinbare Widerspruch läßt sich nur so interpretieren, daß das Naturrecht nicht nur zeitlich befristet gelten soll, sondern der

SR die Aufgabe der Verteidigung des bestehenden Staates übernimmt, in aller Regel also die Selbstverteidigung nur ergänzt. Bisher ist es noch nie vorgekommen, daß der VN-SR einem Staat seine Selbstverteidigung untersagt.

³¹ Heideking 1999 (Anm. 13), S. 199.

³² 1916 exportierten die USA in die beiden Länder Waren im Werte von 2,75 Mrd., nach Deutschland – vor allem in Folge der britischen Seeblockade - lediglich von 2 Mill. Dollar, nach Heideking (Anm. 13), S. 261. Vgl. Sautter 1986 (Anm. 13) über die drastische Reduktion der Exporte nach Deutschland von 345 auf 2 Mill. Dollar, S. 330.

³³ Kissinger 2014 (Anm. 12), S. 315.

³⁴ Zur Geschichte der Friedensbewegung siehe Brock, Peter 1972: *Pacifism in Europe to 1914*, Princeton: Princeton U.P.; Holl, Karl 1988: *Pazifismus in Deutschland*, Frankfurt: Suhrkamp; Krippendorff, Ekkehart (Hg.) 1986: *Pazifismus in den USA*, 2 Bände, Berlin: Freie Universität.

³⁵ Zur Entwicklung eines differenzierten Friedensbegriffs siehe ausführlicher Jahn, Egbert: *Ein bißchen Frieden im ewigen Krieg? Zu den Aussichten auf einen dauerhaften Weltfrieden am Beginn des 21. Jahrhunderts*, in: Sahn, Astrid/ Sapper, Manfred/ Weichsel, Volker (Hg.) 2006: *Die Zukunft des Friedens*, Bd. 1, Eine Bilanz der Friedens- und Konfliktforschung, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 51-82, siehe vor allem die Übersicht auf S. 58.

³⁶ Zum Konzept der Neuen Weltordnung George H. W. Bushs siehe Czempiel, Ernst-Otto 1993: *Weltpolitik im Umbruch. Das internationale System nach dem Ende des Ost-West-Konflikts*, München: Beck, S. 90-97. Zu den theoriegeleiteten Optionen der US-Außenpolitik nach 1991 siehe Dembinski, Matthias/ Rudolf, Peter/ Wilzewski, Jürgen (Hg.) 1994: *Amerikanische Weltpolitik nach dem Ost-West-Konflikt*, Baden-Baden: Nomos, S. 431-442 und Gärtner, Heinz 2014: *Die USA und die neue Welt*, Münster: LIT, S. 19-27. Zu den historischen Traditionen der US-Außenpolitik siehe Medick-Krakau, Monika/ Brand, Alexander/ Robel, Stefan 2012, in: Staack, Michael (Hg.): *Einführung in die internationale Politik. Studienbuch*, München: Oldenbourg, S. 173-187.

³⁷ Siehe hierzu insbesondere den Einführungsbeitrag in: Hagemann, Steffen/ Tönnemann, Wolfgang/ Wilzewski, Jürgen (Hg.) 2014: *Weltmacht vor neuen Herausforderungen. Die Außenpolitik der USA in der Ära Obama*, Trier: Wissenschaftlicher Verlag, S. 1-16. Zu den Erwartungen an die Obama-Administration zu Beginn ihrer Amtszeit siehe Meier-Walser, Reinhard C. (Hg.) 2009: *Die Außenpolitik der USA. Präsident Obamas neuer Kurs und die Zukunft der transatlantischen Beziehungen*, München: Hanns-Seidel-Stiftung.